

Editorial: Morbi-RSA kontrovers diskutiert

Durch den Risikostrukturausgleich (RSA) wurden im vergangenen Jahr rund 15 Milliarden Euro zwischen den gesetzlichen Krankenkassen umverteilt. Das beeinflusst zweifellos die Höhe der Beitragssätze und auch das Marktverhalten jeder einzelnen Krankenkasse. Bereits im Dezember 2001 wurde eine durchgreifende Reform des RSA beschlossen, die im Jahr 2007 ihre Wirkung entfalten soll. Der RSA soll dann auf eine direkte Morbiditätsorientierung ausgerichtet werden. Mit der geplanten Novellierung der RSA-Verordnung geht es jetzt an die konkrete Ausgestaltung der neuen Umverteilungsregeln. Zum so genannten Morbi-RSA hat die *Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG)* Ende Dezember in Berlin ein sehr gut besuchtes Symposium ausgerichtet, das die kontroversen Standpunkte in dieser Frage deutlich gemacht hat. Referate aus dieser Tagung finden Sie in diesem Heft, weitere Diskussionsbeiträge werden folgen.

Jürgen Stoschek
Wildmoosstr. 3
82319 Starnberg

ÜBERSICHT

Zur Zukunft der flächendeckenden Versorgung in Deutschland: eine theoretische Betrachtung
Peter Oberender, Jürgen Zerth 3

DER MORBIDITÄTSORIENTIERTE RISIKOSTRUKTURAUSGLEICH

Morbiditätsorientierter Risikostrukturausgleich und Versorgungseffizienz
Reiner Leidl, Stefan Felder 10

Morbiditäts-RSA und Wettbewerb in der GKV – Anmerkungen zu einer ideologisch aufgeheizten Debatte
Hartmut Reiners 20

Schöne Neue Welt des RSA? Ein Statement
Manfred Zach 24

MITTEILUNGEN DER GESELLSCHAFT

12. Mitgliederversammlung der GRPG und wissenschaftliches Symposium
Jürgen Stoschek 27

Impressum 2

Wissenschaftspreis im Gesundheitswesen

Die Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG) hat sich die Förderung des interdisziplinären Austausches und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf den verschiedenen Gebieten des Gesundheits- und Sozialrechtes aber auch im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik zum Ziel gesetzt. Durch eine Vertiefung rechtlicher, volkswirtschaftlicher, ethischer und medizinischer Gesichtspunkte will die GRPG zu einer Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses im Gesundheitswesen beitragen.

Zu diesem Zweck hat die GRPG einen Jahrespreis in Höhe von 5000 Euro für herausragende

wissenschaftliche Arbeiten ausgeschrieben, der bevorzugt an Nachwuchswissenschaftler vergeben wird. Das Thema der Arbeit soll den Zielen der GRPG entsprechen. Die Annahme des Preises verpflichtet zur Erstpublikation der Arbeit oder deren Zusammenfassung in der Zeitschrift „Recht und Politik im Gesundheitswesen“. Sie darf in gleicher oder ähnlicher Form nicht bereits andernorts publiziert sein.

Die Arbeiten müssen beim Präsidium der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen (GRPG), Widenmayerstraße 29, 80538 München, bis spätestens zum 31. Mai des laufenden Jahres eingegangen sein.